

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizera per las regiuns da muntogna (SAB)

3001 Bern / Seilerstrasse 4 / Postfach / Tel. 031/ 382 10 10 / Fax 031/ 382 10 16
www.sab.ch info@sab.ch Postkonto 50-6480-3



Medienmitteilung Nr. 1176

Bern, 28. April 2020

SAB fordert Massnahmen zur Bewältigung der langfristigen Folge der Corona-Krise

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB stellt besorgt fest, dass die Berggebiete von der Corona-Krise besonders betroffen sind und dass sich die langfristigen Folgen gerade in den Berggebieten deutlich spürbar machen werden. Die SAB schlägt deshalb Massnahmen vor, damit die langfristigen Folgen abgefedert werden können. Gefordert ist ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik mit einer stärkeren Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Schwerpunkte des Massnahmenpaketes müssen aus Sicht der SAB auf den Bereichen Tourismus und Regionalpolitik, digitale Infrastrukturen und digitale Kompetenzen, Gesundheitswesen, Land- und Forstwirtschaft, Verkehrswesen sowie Sicherheit liegen.

Die Corona-Krise hat die Schweiz seit März 2020 mit aller Wucht erfasst. Besonders betroffen ist u.a. der Tourismus. Dieser stellt für die Wirtschaft in den Berggebieten einen tragenden Pfeiler dar. Eine Studie der HES-SO Wallis schätzt die Umsatzeinbussen im schweizerischen Tourismus bis Ende Jahr auf 6,4 Mrd. Fr. Rund 17% aller Betriebe rechnen damit, dass sie Konkurs anmelden müssen. Die Situation wird sich im Tourismus frühestens im Jahr 2022 wieder einigermaßen erholen. Doch auch viele andere Branchen und Betriebe sind von der Krise hart betroffen ist. Auf Grund dieser Entwicklungen rechnet das Seco mit einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes um bis zu 10% im laufenden Jahr und einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand der SAB hat sich am 24. April 2020 mit den mittel- und längerfristigen Perspektiven der Corona-Krise befasst und den nachfolgenden Massnahmenkatalog erstellt. Der Vorstand der SAB ist überzeugt, dass nun in der schweizerischen Wirtschaftspolitik ein Umdenken stattfinden muss. Corona zeigt, dass die globalisierte Wirtschaft zu anfällig auf Krisen ist. Die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen und die Reduktion der Krisenanfälligkeit müssen in Zukunft oberste Priorität der schweizerischen Wirtschaftspolitik haben.

Für den Tourismus fordert die SAB u.a., dass zusätzliche Mittel für Schweiz Tourismus bereit gestellt werden, um eine Sonderkampagne gegen Ende der Corona-Krise lancieren zu können. Zudem müssen im Tourismus neue Angebote entwickelt werden. Dazu braucht es zusätzliche Fördermittel für die Innovationsförderprogramme des Bundes wie Innotour und

Innosuisse. Die SAB fordert zudem, dass der Fonds für Regionalentwicklung um rund 100 Mio. Fr. aufgestockt wird. Dies, um aus dem Fonds zusätzliche Projekte zur Revitalisierung des Tourismus mit à-fonds-perdu-Mitteln unterstützen zu können. In der Regionalpolitik muss zudem ein Paradigmawechsel stattfinden. Es dürfen in Zukunft nicht mehr nur Projekte unterstützt werden, welche einen Export aus einer Region darstellen, sondern vor allem auch Projekte, welche die Wirtschaft innerhalb der Region ankurbeln.

Die Corona-Krise hat deutlich vor Augen geführt, wie wichtig robuste digitale Infrastrukturen und gute digitale Kompetenzen sind. Von einem Tag auf den anderen mussten Schülerinnen und Schüler im Fernunterricht unterrichtet werden. Zahlreiche Angestellte arbeiteten im Homeoffice. Die Telekommunikationsnetze kamen damit an den Rand der Belastungsgrenze. Die Glasfaser- und die Mobilfunknetze (5G) müssen deshalb rasch ausgebaut werden. Zudem müssen Ansätze wie Smart villages weiter bekannt gemacht und eingeführt werden. Die SAB ist diesbezüglich bestrebt, möglichst viele Gemeinden im Berggebiet dazu zu bewegen, sich zu Smart villages weiter zu entwickeln.

Im Gesundheitswesen müssen die Spitalplanung der Kantone überprüft werden und in einer Gesamtschau mit den Notfallkapazitäten von Militär und Zivilschutz betrachtet werden. Aus dieser Gesamtbetrachtung muss eine Bettenplanung resultieren, die auch Belastungen in Krisensituationen standhält. Der Mangel an Schweizer Pflegepersonal (OBSAN rechnet mit einem Manko von bis zu 65'000 Personen bis 2030) muss behoben werden. Dazu muss der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates zur Pflegeinitiative ohne Abstriche gegenüber dem Antrag des Bundesrates vom Parlament beraten werden.

In der Land- und Forstwirtschaft müssen Ansätze gefördert werden, welche auf eine Stärkung der regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufe hinwirken. So muss z.B. im Forstbereich das Bauen mit einheimischem Holz weiter gefördert werden. Auch moderne Bewässerungssysteme müssen vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Krisenanfälligkeit der Landwirtschaft viel stärker gefördert werden. Wie wichtig dies ist, zeigt die derzeitige Trockenheit in weiten Teilen der Schweiz.

Im Verkehrsbereich müssen die bereits beschlossenen Grossprojekte im Schienen- und Strassenverkehr rasch umgesetzt werden. Unterhalts- und Sanierungsarbeiten auf dem Netz des öffentlichen Verkehrs und dem Strassennetz sollen wo möglich vorgezogen werden. Für Betriebe des öffentlichen Verkehrs mit hohem Anteil an touristischem Verkehr muss zudem eine Finanzierungslösung erarbeitet werden, um die Ausfälle zu kompensieren.

Der vollständige Forderungskatalog der SAB findet sich unter www.sab.ch.

Für Rückfragen:

- Christine Bulliard-Marbach, Präsidentin der SAB und Nationalrätin, Tel. 079 449 05 69
- Thomas Egger, Direktor der SAB und alt Nationalrat, Tel. 079 429 12 55